

Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses des
Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe
zum 31.12.2010

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag.....	2
2. Grundsätzliche Feststellung.....	2
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung.....	3
4. Feststellung und Erläuterung zum Jahresabschluss.....	4
4.1 Buchführung.....	4
4.2 Einzelne Bilanzposten.....	5
4.2.1 Anlagevermögen.....	5
4.2.2 Umlaufvermögen.....	5
4.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten.....	6
4.2.4 Eigenkapital.....	6
4.2.5 Rückstellungen.....	7
4.2.6 Verbindlichkeiten.....	7
4.2.7 Passive Rechnungsabgrenzung.....	8
5. Anhang mit Anlagen.....	8
6. Lagebericht.....	9
7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes.....	10
8. Allgemeine Haushalts- und Finanzwirtschaft.....	11
8.1 Haushaltsplan und Haushaltssatzung.....	11
8.2 Übertragung von Ermächtigungen.....	11
8.3 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen.....	11
8.4 Nachtragshaushalt.....	11
8.5 Höchstbetrag Kassenkredit.....	11
8.6 Gesamtbetrag der Kredite.....	12
9. Vergabewesen.....	12
10. Schlussbemerkungen.....	13
11. Anlagen zum Prüfbericht.....	14

1. Prüfungsauftrag

Dem Rechnungsprüfungsamt ist durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 28. Mai 2008 in Verbindung mit § 15 der Satzung des Zweckverbandes „Nahverkehr Westfalen-Lippe“ (NWL) erstmalig die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 des Zweckverbandes „Nahverkehr Westfalen-Lippe“ übertragen worden.

Mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 13.04.2011 wurde für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bielefeld beauftragt.

Geprüft wurde der Jahresabschluss des Zweckverbandes „Nahverkehr Westfalen-Lippe“ zum 31.12.2010. Grundlage der Prüfung ist § 53 Abs. 1 der Kreisordnung NRW (KrO) in Verbindung mit den § 101 der Gemeindeordnung NRW (GO) und § 18 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG).

Der Entwurf des Jahresabschlusses ist vom Geschäftsführer am 11.04.2011 aufgestellt und am gleichen Tag vom Vorstandsvorsitzender bestätigt und fristgerecht an die Verbandsversammlung weitergeleitet worden. Nach der Beschlussfassung ist der Jahresabschluss umgehend dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bielefeld zugeleitet worden.

2. Grundsätzliche Feststellung

Mit dem Inkrafttreten des neuen ÖPNV-Gesetz NRW zum 01.01.2008 ist der NWL im Januar 2008 gegründet worden. Neben dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland ist er einer der drei Zweckverbände zur Organisation des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Nordrhein-Westfalen.

Die Hauptgeschäftsstelle des Zweckverbandes befindet sich am Standort Unna. Zu diesem Verband gehören folgende Mitglieder (Zweckverbände), die sich nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit zusammengeschlossen haben und in den Nebengeschäftsstellen der jeweiligen Städte sitzen:

- Zweckverband SPNV Ruhr-Lippe (ZRL)
- Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM)
- Zweckverband Personennahverkehr Westfalen Süd (ZWS)
- Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe (VVOWL)
- Nahverkehrsverbund Paderborn-Höxter (NPH)

Der NWL soll als Dachverband auf eine integrierte Verkehrsplanung im ÖPNV hinwirken. Die Aufgabe des Zweckverbandes ist in erster Linie die Bereitstellung und Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs; dafür leitet der NWL die Mittel gemäß ÖPNV-Gesetz NRW an seine Mitglieder zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs in deren Bereichen weiter. Außerdem ist er zuständig für die Weiterentwicklung des landesweiten Integralen Taktfahrplans. In Münster ist die Abteilung Infrastrukturförderung angesiedelt und am Standort Bielefeld arbeitet das landesweit tätige KompetenzCenter ITF.

In der Verbandsversammlung am 28.09.2010 wurde der geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 16 T€ festgestellt und die Zuführung in die allgemeine Rücklage beschlossen.

Beim Jahresabschluss zum 31.12.2010 beträgt die Bilanzsumme 29.234 T€ und der Jahresüberschuss weist ein positives Ergebnis i.H.v. 804 € aus. Die Bilanz und die Ergebnisrechnung entsprechen den Anforderungen des Neuen Kommunalen Finanzsystems und sind gemäß § 37 GemHVO NRW gegliedert.

Die Vermögens- und Schuldenlage zum 31.12.2010 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva	€	%
Anlagevermögen	64.138,00	0,22
Umlaufvermögen	19.147.820,39	65,50
Aktive Rechnungsabgrenzung	10.022.889,09	34,28
Passiva		
Eigenkapital	50.762,03	0,17
Rückstellungen	63.188,00	0,22
Verbindlichkeiten	7.290.742,58	24,94
Passive Rechnungsabgrenzung	21.830.154,86	74,67

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind neben dem Umlaufvermögen die größten Positionen in der Bilanz. Der Hauptanteil des Umlaufvermögens besteht aus liquiden Mitteln und bei den Verbindlichkeiten sind dies Verbindlichkeiten aus Zuwendungsbescheiden. Die Rückstellungen teilen sich auf in Pensions- und sonstige Rückstellungen.

Insgesamt vermitteln der Jahresabschluss und der Anhang zum Bilanzstichtag unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein zutreffendes Bild zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres sind nicht bekannt.

Im Lagebericht werden die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend geschildert. Bei der Durchführung der Prüfung wurden keine Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzende Satzung festgestellt.

Die Bilanz soll der Verbandsversammlung am 20.10.2011 vorgelegt werden. Eine entsprechende Vollständigkeitserklärung als sachgerechte Ergänzung des Jahresabschlusses wurde am 10.05.2011 gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt abgegeben.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gemäß § 101 GO NRW i.V.m. § 95 GO NRW umfasst die Prüfung den Jahresabschluss und den Anhang und Lagebericht unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Im Rahmen der Prüfung sind auch die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Vorschriften zu beachten.

In die Prüfung ist auch die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände mit einzubeziehen. Weiterhin wird beurteilt, ob die Unterlagen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Zweckverbandes vermitteln.

Grundlage der Prüfung ist der risikoorientierte Prüfungsansatz. Wo größere Risiken festgestellt werden, sind umfangreichere Prüfungen in Form von analytischen Prüfungshandlungen und Stichprobenprüfungen (Einzelfallprüfungen) vorzunehmen, während in den weniger risikobehafteten Bereichen Systemprüfungen und evtl. aussagebezogene Prüfungen in einem wesentlich geringeren Umfang ausreichen.

Ziel des risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es, wesentliche Verstöße und Unrichtigkeiten, die sich auf die Darstellung des sich ergebenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage auswirken, mit hinreichender Sicherheit zu erkennen.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach § 101 Abs. 1 und 8 GO NRW in Verbindung mit § 103 Abs. 6 GO NRW und unter dem Aspekt des risikoorientierten Prüfungsansatzes vorgenommen. Miteinbezogen wurden auch allgemein zugängliche Informationen, wie z. Bsp. der Internet-Auftritt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses samt Anhang und Lagebericht hat sich darauf erstreckt, ob unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes vermittelt wird.

Die Prüfung beinhaltet auch die Form der Darstellung sowie die Wortwahl und ob diese Form den tatsächlichen Verhältnissen entsprach.

Art und Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sind unter dem Aspekt der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt worden.

Die anhand der Risikoanalyse ausgemachten Positionen mit erhöhtem Fehlerrisiko wurden intensiv in die Prüfung einbezogen.

Die Prüfung begann im Mai 2011 nach Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses in der Verbandsversammlung und erstreckte sich mit Unterbrechungen bis zum Juli 2011.

4. Feststellung und Erläuterung zum Jahresabschluss

4.1 Buchführung

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung umfassen den gesamten Bereich der Rechnungslegung. Diese Grundsätze sollen sicherstellen, dass ein sachverständiger Dritter sich in angemessener Zeit einen Überblick in die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage verschaffen kann.

Dazu gehören nicht nur die Führung der Bücher, sondern auch der Jahresabschluss mit Bilanzierung und Bewertung, sowie die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände. Grundlage dafür ist das Neue Kommunale Finanzsystem, soweit in Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist.

Im Rahmen des unter Punkt 3 beschriebenen Prüfauftrages wurde der Jahresabschluss des NWL zum 31.12.2010 mit folgenden Bestandteilen geprüft:

- Anhang mit Erläuterungen zu den Bilanzposten
- Anlagenspiegel
- Forderungsspiegel
- Verbindlichkeitspiegel
- Lagebericht

Weiter sind für die Prüfung die beschlossene Haushaltsatzung und der Haushaltsplan sowie die ordnungsgemäße Begründung und Belegung der Buchungsbeträge und weitere zur Verfügung gestellte Unterlagen, wie Kontoauszüge, Rechnungen etc. einbezogen worden. Diese Bestandteile dienten auch der Beurteilung, ob die Unterlagen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Zweckverbandes vermitteln.

Saldenbestätigungen der Kreditinstitute, mit denen der NWL im Jahr 2010 in Geschäftsbeziehung gestanden hat, liegen zum Jahresabschlussstichtag vor.

Der NWL hat die Buchführung extern vergeben und durch einen Steuerberater vornehmen lassen. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften.

Die aus den geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Abschluss. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

4.2 Einzelne Bilanzposten

4.2.1 Anlagevermögen

Gem. § 32 GemHVO NRW sind in die Prüfung die Wertansätze der einzelnen Vermögensgegenstände, die im Anlagevermögen ausgewiesen sind, mit einzubeziehen.

Eine Inventurrichtlinie für den NWL liegt vor und sie beinhaltet die Planung, Durchführung der Inventur und Aufstellung und Bewertung des Inventars. Anhand dieser Richtlinie ist das Inventar aufgestellt worden.

Die inventarisierten Gegenstände werden in den Anlagenspiegel übernommen, der wiederum die Grundlage für den Wertansatz der Vermögensgegenstände in der Bilanz bildet.

In der Bilanz sind die Immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen zu den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, abzüglich der planmäßigen Abschreibung, angesetzt worden.

Grundlage für die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände des NWL ist der Leitfaden zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das Vermögen wird beim NWL einheitlich im Inventar abgebildet und nach den Bewertungskriterien der Inventurrichtlinie bewertet.

Ein Anlagenspiegel ist beigelegt, dort sind die Immateriellen Vermögensgegenstände mit 44 T€ und die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Betrag i.H.v. 20 T€ aufgeführt.

Feststellungen zur Inventur, zum Inventar und zum Anlagevermögen haben sich nicht ergeben.

4.2.2 Umlaufvermögen

Beim Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb nicht dauerhaft dienen sollen. Beim NWL besteht das Umlaufvermögen aus drei Posten.

Der Hauptbestandteil des Bilanzpostens besteht aus Liquidem Mittel i.H.v. 19.116 T€, die sich auf vier Konten verteilen. Zwei davon sind Girokonten für die laufende Geschäftstätigkeit, ein Geldmarktkonto mit 10.079 T€ für die Anlage des Tagesgeldes und ein Liqui-

ditätskonto mit 5.797 T€, auf dem sich Mittel für die Förderung der Infrastruktur gem. § 12 ÖPNVG NRW befinden.

Die Gelder für die Förderung der Infrastruktur gem. § 12 ÖPNVG NRW werden auf ein gesondertes Konto gebucht, da die abgerechneten Zuwendungsmaßnahmen regelmäßig vom staatlichen Rechnungsprüfungsamt Münster geprüft werden.

Die Liquiditätsplanung bleibt damit überschaubar und aufgrund dieser Form der Bewirtschaftung werden Risiken im Bereich des allgemeinen Geldmarktes vermieden. Derivative Finanzinstrumente bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Ein weiterer Posten sind die „Forderungen aus Dienstleistungen“ i.H.v. 27 T€; diese bestehen aus noch offenen Erstattungsbeiträgen von den Mitgliedsverbänden.

Der letzte Posten beinhaltet die Beitragsforderungen, die aus einer Überzahlung für Beschäftigte an die Versorgungskasse i.H.v. 4 T€ stammen.

Saldenbestätigungen der Kreditinstitute der einzelnen Konten liegen vor. Beim Umlaufvermögen haben sich keine Feststellungen ergeben.

4.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten dient der periodischen Ergebnisermittlung, wo Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag eines Haushaltsjahres geleistet werden, diese aber Aufwendungen des neuen Jahres darstellen.

Den größten Anteil am Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten stellt die Anschubfinanzierung für die Umsetzung des Verkehrsvertrages „Netz Westliches Münsterland“ dar. Dafür wurde eine Vorleistung nach § 56 LHO i.H.v. 10.000 T€ an den NWL überwiesen.

Ein weiterer in der Bilanz eingestellter Betrag i.H.v. 22 T€ ist ein für Januar im Voraus gezahlter Sozialversicherungsbeitrag.

Es haben sich keine Feststellungen ergeben.

4.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital des NWL beläuft sich auf insgesamt 50 T€, was sich aus der allgemeinen Rücklage und dem Jahresüberschuss zusammensetzt.

Gem. § 19 a GkG NRW können Zweckverbände zusätzlich eine Ausgleichsrücklage in ihrer Bilanz ansetzen. Eine andere Möglichkeit, eine Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen zu decken, ist eine Umlage. Diese kann gem. § 18 Abs. 1 GkG NRW und § 12 Satzung NWL von den Mitgliedern erhoben werden.

Die allgemeine Rücklage, die einen Betrag i.H.v. 49 T€ ausweist, stellt die Differenz zwischen den Aktivposten der Bilanz und den übrigen Passivposten, jedoch ohne Sonderposten und der Ausgleichsrücklage dar. Eine Ausgleichsrücklage bzw. Umlage gibt es nicht. Der Jahresüberschuss beträgt 805 €. Er fällt gering aus, da beim Zweckverband aufgrund seiner Aufgabenstellung keine originären Gewinne entstehen können.

Feststellungen haben sich nicht ergeben.

4.2.5 Rückstellungen

Rückstellungen sind am Bilanzstichtag bestehende Verpflichtungen, die wegen der Ungewissheit ihres Bestehens und ihrer Höhe und des Zeitpunktes ihrer Fälligkeit keine Verbindlichkeiten sind. Die zulässigen Rückstellungsarten sind in § 36 GemHVO NRW abschließend aufgezählt.

Der Bilanzposten Rückstellungen teilt sich auf in Pensionsrückstellungen i.H.v. 41 T€ und sonstige Rückstellungen i.H.v. 22 T€.

Pensionsrückstellungen sind aufgrund von Versorgungsansprüchen der Bediensteten gegenüber dem Dienstherrn zu bilden. In § 36 GemHVO NRW wird das Berechnungsverfahren und auch der Rechnungszinsfuß verbindlich festgelegt. Das Innenministerium hat darüber hinaus durch einen Runderlass vom 04.01.2006 Eckpunkte zur Bewertung der Pensionsverpflichtungen bestimmt.

Für den NWL liegt ein Fachgutachten der westfälischen Versorgungskasse (WVK) über die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31.12.2010 vor. Die Bewertung berücksichtigt den oben genannten Runderlass des Innenministeriums als auch die Richttafeln 2005 G von Prof. Heubeck. Die Höhe der zukünftigen Rückstellungen kann durch Bestandsveränderungen, wie z.B. Zu- und Abgänge, sowie Anpassungen von Be-soldung und Versorgung weiterhin beeinflusst werden.

Die Rechnungsprüfung hat die Ermittlung der Daten geprüft und schließt sich der Bewertung des Gutachtens der westfälischen Versorgungskasse an.

Die sonstigen Rückstellungen ergeben sich aus personalrechtlichen und wirtschaftlichen Sachverhalten, wie zum Beispiel nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Jahresabschlusskosten. Der Betrag der sonstigen Rückstellungen ist nachvollziehbar berechnet und belegt worden.

Bei den Rückstellungen haben sich keine Feststellungen ergeben.

4.2.6 Verbindlichkeiten

Beim NWL bestehen die Verbindlichkeiten aus drei Posten, wobei die Verbindlichkeiten aus Zuwendungsbescheiden den größten Posten darstellen.

Unter dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen“ befinden sich Verbindlichkeiten aus Zuwendungsbescheiden gem. § 12 ÖPNVG NRW i.H.v. 7.216 T€. Darunter fallen Verpflichtungen, die zur Förderungen von Investitionsmaßnahmen des ÖPNV dienen.

Der Bereich Infrastrukturförderung am Standort Münster, der diese Mittel verwaltet, wird regelmäßig durch das zuständige staatliche Rechnungsprüfungsamt Münster, Außenstelle des Landesrechnungshofes NRW, geprüft. Eine Prüfung dieser Fördermaßnahmen hat hier an dieser Stelle von unserer Seite nicht stattgefunden.

Eine weitere Position sind die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen i.H.v. 71 T€. Dort sind Verpflichtungen bilanziert, bei denen die Erbringung der eigenen Gegenleistung noch aussteht, aber die zu leistende Zahlung zum Stichtag dem Grund und der Höhe nach feststand. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Rechnungen, die erst nach dem Jahreswechsel bezahlt wurden.

Außerdem bestehen noch sonstige Verbindlichkeiten für Lohn- bzw. Kirchensteuer für tariflich Beschäftigte i.H.v. 3 T€.

Da weder die Einzelbeträge i.H.v. 71 T€ bzw. 3 T€, noch der Gesamtbetrag wesentlich in Bezug zur Bilanzsumme sind, wurden die zu prüfenden Verbindlichkeiten stichprobenweise geprüft.

Im Verbindlichkeitspiegel sind die Verbindlichkeiten mit insgesamt 7.291 T€ aufgeführt. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

4.2.7 Passive Rechnungsabgrenzung

Der Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite der Bilanz ist Ausdruck einer Leistungsverpflichtung, die der ergebniswirksamen Vereinnahmung einer erhaltenen zeitraumbezogenen Zahlung entgegen steht. In diesem Bilanzposten sind Einzahlungen anzusetzen, die vor dem Bilanzstichtag eingehen, aber erst Ertrag im nächsten Jahr darstellen.

Einen wesentlichen Teil der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten stellen die bewilligten und ausgezahlten Zuwendungen des Landes aus der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 mit einem Jahresbudget i.H.v. 262.493 T€ dar. Diese Zuwendungen verteilt der NWL als Dachverband an seine Mitglieder weiter, damit diese ein bedarfsgerechtes SPNV-Angebot in ihren Bereichen sicherstellen können. Als Steuerungsfunktion liegt eine detaillierte Teilraumergebnisrechnung über die Aufteilung und Verwendung der Zuwendungen vor.

Für das Jahr 2010 ergeben sich nicht verausgabte Mittel am Jahresende aus der ÖPNV-Pauschale i.H.v. 10.000 T€. Diese werden in das nächste Haushaltsjahr übertragen und genutzt, was gemäß Zuwendungsbescheid bis spätestens sechs Monate nach Ablauf des Kalenderjahres geschehen muss.

Ein weiterer Bestandteil ist die Anschubfinanzierung i.H.v. 10.000 T€ im Rahmen der Umsetzung des Verkehrsvertrages „Netz Westliches Münsterland“.

Der restliche Betrag besteht aus Fördermitteln gem. § 12 Infrastrukturförderung i.H.v. 1.830 T€.

In allen Fällen liegt hier eine Einzahlung beim NWL zum Stichtag vor. Der zu erwartende Ertrag erfolgt aber erst im neuen Jahr und ist daher passiv abzugrenzen.

Die Zuwendungen sind durch einen Zuwendungsbescheid belegt worden. Es haben sich keine Prüfungsfeststellungen ergeben.

5. Anhang mit Anlagen

Gemäß § 44 GemHVO NRW ist dem Jahresabschluss ein Anhang beizufügen. Dort sind zu den einzelnen Posten der Bilanz die gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und zu erläutern.

Im Anhang der Bilanz des NWL werden die angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden beschrieben und einzelne Bilanzposten erläutert. Gemäß den §§ 45 bis 47 GemHVO NRW sind auch ein Verbindlichkeitspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Anlagenspiegel beigefügt.

Unter den sonstigen Pflichtangaben werden abschließend die Organe des NWL, wie Verbandsvorsteher und Mitglieder der Geschäftsführung, namentlich aufgeführt. Außerdem ist die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer ermittelt und die Höhe des Personalaufwandes dargestellt worden. Der Jahresabschluss wurde vor Gewinnverwendung vom Steuerberater aufgestellt.

Der Anhang ist verständlich gefasst und enthält alle erforderlichen Angaben. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

6. Lagebericht

Gemäß § 48 GemHVO NRW ist der Jahresabschluss durch einen Lagebericht zu ergänzen. Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Zweckverbandes vermittelt wird. Außerdem soll er mit dem Jahresabschluss im Einklang stehen.

Im Lagebericht des NWL wird der Geschäftsverlauf für das Jahr 2010 mit einem Überblick über die Haushaltsplanung und der Geschäftstätigkeit dargestellt. Des Weiteren ist die Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren analysiert worden.

Anschließend wird auf die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Zweckverbandes eingegangen. Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Finanz-, und Ertragslage liegen nicht vor.

Im Risikobericht wird ein Ausblick über die Finanzsituation des NWL gegeben. Risiken im Sinne einer Bestandsgefährdung liegen derzeit nicht vor, aber durch die Mehrbelastung bei den Stationsgebühren und die Verteuerung der Trassenkosten wird sich die Finanzsituation in den nächsten Jahren wahrscheinlich verschlechtern.

Der Lagebericht vermittelt ein umfassendes und zutreffendes Bild der wirtschaftlichen Lage des Zweckverbandes. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Rechnungsprüfung dem unter Punkt 11 als Anlage beigefügten Jahresabschluss und Anhang des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe zum 31.12.2010 und dem ebenfalls als Anlage beigefügten Lagebericht den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Der Jahresabschluss und der Anhang wurden unter Beachtung des § 101 i.V.m. § 95 GO NRW unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars, der Übersicht über örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie des Lageberichtes geprüft.

In die Prüfung sind die Haushaltssatzung sowie die ergänzenden Bestimmungen der Verbandssatzung einbezogen worden. Sie wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Verbandes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

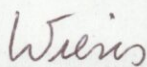
Die Prüfung hat die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und Lagebericht umfasst.

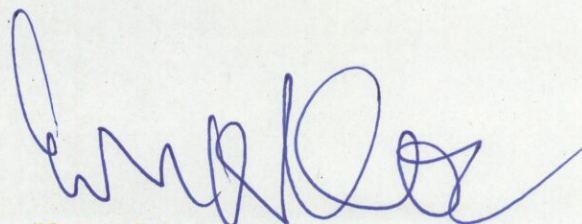
Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Verbandssatzung. Er vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Verbandes.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Auch er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Verbandes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bielefeld, 28.07.2011


(Wiens)
Prüferin


(Knossalla)
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

8. Allgemeine Haushalts- und Finanzwirtschaft

8.1 Haushaltsplan und Haushaltssatzung

Der Haushaltsplan ist nach den Formvorschriften des Neuen Kommunalen Finanzsystems am 01.11.2009 aufgestellt und in Planung und Rechnung ausgeglichen. Das Gesamtvolumen aller Erträge und Aufwendungen beträgt 273 Mio. €. Dem Haushaltsplan waren alle vorgeschriebenen Anlagen beigelegt.

Er wurde am 04.11.2009 vom Verbandsvorsteher bestätigt und am 27.11.2009 von der Verbandsversammlung beschlossen.

Die Haushaltssatzung 2010 ist nach den Formvorschriften der §§ 78 GO NRW ordnungsgemäß vorbereitet und umgehend der Bezirksregierung Amsberg als Aufsichtsbehörde angezeigt worden.

Der Regierungspräsident hat keine rechtlichen Bedenken gegen die Haushaltssatzung geltend gemacht. Die Haushaltssatzung wurde am 26.12.2009 öffentlich bekannt gemacht.

8.2 Übertragung von Ermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt. Im Bereich der Infrastrukturförderung gibt es welche, diese sind im Haushaltsplan als Anlage beigelegt.

8.3 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen

Über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gibt es nicht. Durch den Grundsatz der Gesamtdeckung dienen die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen.

8.4 Nachtragshaushalt

Im Haushaltsjahr 2010 haben sich beim NWL keine Haushaltsüberschreibungen ergeben.

8.5 Höchstbetrag Kassenkredit

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, liegt bei der Grenze von 30.000 €.

8.6 Gesamtbetrag der Kredite

Eine Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2010 wurde nicht veranschlagt. Die Aufgabewahrnehmung des NWL wird hauptsächlich durch die gesetzlich vorgesehenen Landesmittel gemäß ÖPNV-Gesetz finanziert.

Hierbei muss sichergestellt werden, dass die Zuschüsse die voraussichtlichen Ausgaben decken, da nur bei ausreichend gestellten finanziellen Mitteln die übertragenen Aufgaben zu erfüllen sind.

Hinweise auf eine vorhersehbare Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren sind im Risikobericht des Jahresabschlusses dargestellt.

9. Vergabewesen

Im Haushaltsplan des NWL sind für das Jahr 2010 verschiedene Projekte aufgestellt worden. Bei den Vergaben müssen bei der Auftragserteilung die Regelungen über anzuwendende Vorschriften und Vergabearten beachtet, wie auch zur Aufstellung der Ausschreibungsunterlagen und zur Einholung und Wertung der Angebote sowie zur Erteilung und Unterzeichnung der Aufträge befolgt und die Grundsätze für ein wirtschaftliches Handeln berücksichtigt werden.

Für das Haushaltsjahr 2010 sind für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit 145 T€ angesetzt worden. Hierbei ist das Ziel eine nachhaltige Positionierung des NWL bei Meinungsbildnern sowie in den Verkehrsstrukturen der Landes- und Bundesebene zu erreichen.

Als Stichprobe wurde das Vergabeverfahren „Kundenmagazine im Raum Westfalen-Lippe“ ausgewählt und nach offenkundigen Verstößen gegen die Vergaberegelnungen geprüft. Die regelmäßig erscheinenden Kundenmagazine haben sich für den Nahverkehr als ein erfolgreiches Marketing-Instrument erwiesen. Die Leistung wurde im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung vergeben und der NWL koordiniert diesen Prozess als Vergabestelle.

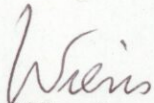
Anhaltspunkte für offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelnungen und Vergabeentscheidungen haben sich hier nicht ergeben. Für andere Geschäfte, die nicht den Vergaberegeln unterliegen (z. B. für Geldanlagen) sind vom NWL Konkurrenzangebote eingeholt worden.


Die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen und die Infrastrukturförderung gem. § 12 ÖPNVG NRW waren nicht Bestandteil dieser Prüfung. Die sachliche Prüfung erfolgt von anderer Stelle. Uns liegen Übersichten über die Prüfungsgegenstände dieser Leistungen vom NWL vor. Diese Übersichten dienen aber nur als Hilfestellung.

10. Schlussbemerkungen

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung erfolgte nach den geltenden Vorschriften.
Es haben sich keine Prüfungsbemerkungen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses 2010 sowie einer uneingeschränkten Entlastung entgegenstehen.

Bielefeld, 28.07.2011


(Wiens)
Prüferin


(Knossalla)
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes